

GEGENSTANDPUNKT

Die politische Vierteljahrszeitschrift lädt ein zu

Vortrag und Diskussion

Wenn Banken krachen... (Teil II)

Staat und Krise

- Staatsmacht rettet Geldmacht:
ein Lehrstück über Geschäft und Gewalt
- Macht und Ohnmacht des Staats bei der
Sanierung des nationalen Kapitalismus
- Die Krise: Treibhaus für die Konkurrenz der Nationen

Mittwoch, 3.12.08 19.30 Uhr Gewerkschaftshaus Frankfurt

Wilhelm-Leuschner-Str.69 (Nähe Hbf, Zugang über den Hof) Eintritt frei

Was mit einer Hypothekenkrise in den USA begann, hat sich zu einem fortschreitenden Zusammenbruch des Finanzsystems ausgewachsen.

Der Herbst 2008 zeigt drastisch, was es heißt, im Kapitalismus zu leben. Schlechterdings alles, das Arbeiten und Kaufen, das Leben und Überleben, ist eine abhängige Variable des Finanzgeschäfts. Wenn Börsianer und Bankiers mit ihrer Bereicherung scheitern, dann scheitert alles – und dem ganzen Volk droht schlagartig eine über das Übliche hinausgehende Armut: Ersparnisse und Rentenanlagen gehen kaputt, mit der Arbeit werden die Einkommen gestrichen. Dieser größte anzunehmende Unfall gehört zu dem System dazu, in dem alles Wirtschaften das Wachstum des investierten Geldes bezweckt, also Geld vermehrt – oder unterbleibt.

- Auch mittelständische „Arbeitgeber“ haben nicht die Versorgung der Menschheit mit Gütern und Einkommen zum Ziel, sondern die Erwirtschaftung von *Gewinnen*. Sie fallen umso höher aus, je weniger Lohn der Betrieb an die Belegschaft zahlt und je mehr Leistung er aus ihr herausholt. Dann ist die Arbeit *rentabel* organisiert, aber: Produziert heißt noch nicht verkauft, verkauft heißt noch nicht, die nötigen Geldsummen zu haben, die es braucht, um Konkurrenten aus dem Markt zu drängen. Kredit hilft den Betrieben über diese Schranken hinweg.

- Banken geben ihn, weil sie daran verdienen. Mit einem *Zins* sind sie am Gewinn beteiligt, den Unternehmen aus ihrer Belegschaft mit Kredit vermehrt ausschlagen. Jetzt hat der Arbeiter schon zwei Geschäftsansprüchen mit seiner

Arbeit zu dienen, dem Betrieb und der Bank.

- Banken bezwecken, was alle Unternehmen bezwecken: Wachstum. Dafür belassen sie es nicht beim Kreditieren der Industrie, sondern schaffen und finanzieren Wertpapiere, in denen vornehmlich sie selbst ihre Gelder anlegen. Die Mittel dazu haben sie ja als Herren des Kredits.

- Der Staat will und fördert das Wachstum des Finanzsektors nach Kräften, weil der die Quelle fürs Wachstum des gesamten nationalen Kapitalstandorts ist, woraus auch der Staat seinen Anteil am kapitalistischen Reichtum bezieht - nicht zuletzt mittels Staatsschulden. Nur so lassen sich die gewaltigen Summen mobilisieren, mit denen der Staat seine wachstums- und außenpolitischen Großtaten finanziert.

- Internationale Geldanleger legen sich gern an einem Standort und in einem Geld an, das scheinbar grenzenloses Wachstum verspricht. Das stärkt die Währung des Landes und macht den Staatskredit zu international gültigem Geld, über das nur ganz wenige Nationen verfügen. Eine wachsende Finanz- und Spekulationsbranche ist also unverzichtbar, wenn es um globalen kapitalistischen Erfolg der gesamten Wirtschaft und des Staates geht. Allerdings zeigt sich in der Weltfinanzkrise, dass die gewaltigen Massen von Wertpapieren, die die Spekulanten zirkulieren lassen, einen Vorgriff auf Reichtum, einen versprochenen, noch gar nicht wirklich produzierten Wert darstellen - der nicht bezahlt werden kann, wenn misstrauisch gewordene Besitzer solcher Papiere auf Auszahlung bestehen. Seitdem fallen die Wertpapiere und Investmenthäuser rund um den Globus wie Dominosteine. Und nicht nur sie: Die „Realwirtschaft“

bricht Stück für Stück zusammen.

Das ist folgerichtig. Die Zahlungsunfähigkeit von Banken schlägt auf deren Kundschaft durch und dezimiert die Zahlungsfähigkeit der ganzen Gesellschaft. Und das Spekulationsgewerbe hat mit seinem Kredit die produzierende Wirtschaft von den Schranken des Marktes und seiner begrenzten Kaufkraft befreit; jetzt sorgt umgekehrt die Entwertung des Finanzsektors und das Versiegen seines Kredits für die Reduktion von Industrie & Handel auf diese Schranken. Die Krise *ihrer* Gewinnmacherei geben die Unternehmen - nach kapitalistischer Logik nur konsequent! - weiter: Die arbeitende Bevölkerung wird dafür mit Entlassungen und Lohnkürzungen in großem Stil in Haftung genommen. Forderungen nach einem realen Lohnzuwachs hat die einsichtige IG-Metall gleich selbst vom Programm genommen. Dafür kriegt das Volk als Entschädigung einen ideellen Lohn. Man darf auf die „Zocker“ schimpfen, denen es „nur ums Geld geht“ - als wäre es dem im Vergleich gelobten "Mittelstand" jemals um etwas anderes gegangen! Auch die Politik darf an den Pranger gestellt werden, weil sie die Regelung des Finanzsektors unterlassen habe – angeblich verblendet vom „Neoliberalismus“. Als gäbe es das Bankgeschäft, angefangen beim vertraglich verbürgten *Recht* auf Zins, ohne die *staatliche Ermächtigung* der Geld-eigentümer zu dieser Sorte Geschäft. Und als hätten die Staaten bei der Erteilung ihrer *Lizenz* für Kreditderivate und andere "innovative Finanzprodukte" nicht den Konkurrenzvorteil für *ihren* Standort im Auge gehabt.

Die Kritik an den „Zockern“ im „Casino-Kapitalismus“ ist nicht nur falsch, weil sie von der Notwendigkeit der Krise der Geldvermehrung nichts wissen will, sondern lauter Fehler bei "Missmanagern" entdeckt, die neulich noch als "Manager des Jahres" geehrt wurden. Sie ist auch unehrlich: Keiner will das Gewerbe der gescholtenen „Zocker“ abschaffen - im Gegenteil: Der komplette Laden hängt von der

Sanierung des Finanzkapitals ab, so die Auskunft der zuständigen Stellen. Der Volkszorn weicht der Sorge um die Rettung des Finanzsystems, damit alles weitergehen kann wie bisher. Auch Linke und Attac mahnen die „dienende Aufgabe“ der Banken an. Als wäre der Dienst, den sie den Betrieben mit Kredit erweisen, jemals auf etwas anderes berechnet als auf die Bereicherung der Bank und des Betriebes, also auf Kosten von deren menschlichen Anhängern.

Damit es nicht weitergeht wie bisher, nehmen wir uns die Zeit für ein paar Erklärungen. Nach einer ersten Veranstaltung zum Finanzgeschäft und seiner Krise jetzt zum Staat:

- **Was hat der Staat von den Banken, dass er sie retten will? Was soll denn wieder funktionieren?**
- **Der Staat habe versagt bei der Kontrolle der Banken, ihnen viel zu viel Freiheit gelassen, jetzt kümmere er sich wieder darum? Stimmt das? Was ist das Verhältnis von politischer Macht und privatem Finanzgeschäft?**
- **Die Banken retten will der Staat mit Geld. Wie steht es um Macht und Ohnmacht des Staates bei der Sanierung des Bankensystems?**
- **Für diesen Zweck wirft der Staat *seinen* Kredit ins Feuer. Was passiert, wenn damit die Konkurrenz der Währungen in den Fokus der Spekulation rückt?**
- **Was soll man davon halten, wenn Finanzminister Steinbrück hochhoffiziell im Bundestag das Ende von "Wallstreet" ausruft und seinen eigenen Laden als den quasi legitimen Erben hinstellt?**
- **Was sagen die Forderungen nach einer "Reform des Internationalen Währungsfonds" oder gleich des Weltwährungssystems nach dem Vorbild von Bretton Woods aus über Stand und Verlaufsform der internationalen Krisenkonkurrenz?-**

GEGENSTANDPUNKT

Die Redaktion bietet die Gelegenheit zur Diskussion aktueller politischer Themen auf einem regelmäßigen JOUR FIXE.

Die Termine im 4. Quartal 2008:
jeweils Montag, 19.30 Uhr: 1.12. / 15.12.

Ort: Gewerkschaftshaus, Wilhelm- Leuschner-Straße 69 (Nähe Hbf),
Zugang über den Hof

Forum GegenStandpunkt auf RadioX

**Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr
sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9 bis 10 Uhr**

FM: 91,8 Kabel: 99,85

Die Sendungen können als mp3 auf www.farberot.de heruntergeladen werden

Außerdem sind unter www.argudiss.de Dokumentationen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GegenStandpunkt-Verlags zu vielen Themen verfügbar

